Nr. 165. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 19. Juli 1900.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die gelehrige Regierung.

Außerordentlich karakteristisch für die reaktionäre Staatsgewalt und ihre Organe in Preußen-Deutschland ist, daß sie bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterklasse, bezw. bei ihrem steten Bemühen, diese Klasse möglichst zu entrechten und unter Vormundschaft des sogenannten „staatserhaltenden“ Elementes zu bringen, der Selbstständigkeit entbehren. Die Erfahrung lehrt, wie sehr, ja, man kann sagen, wie durchaus und unbedingt sie bei ihrer diesbetreffenden Initiative den Anschauungen und Wünschen der herrschenden Klassen, in erster Linie des Unternehmerthums Rechnung trägt. Das läßt sich feststellen durch einen Zeitraum von drei Jahrzehnten von Fall zu Fall. So sind alle die willkürlichen Beschränkungen, welche seitens der Polizei und Justiz unter Zustimmung oder direkter Anweisung der Regierungen das Koalitionsrecht der Arbeiter erfahren hat, die Behandlung des Streikpostenstehens als „grober Unfug“, die Androhung des Streiks als „Erpressung“ 2c. 2c. zurückzuführen auf die „Rechtsbelehrung“, welche das Unternehmerthum den Herren im Regiment in eindringlicher Weise zu Theil werden läßt. Der ganze Inhalt der Zuchthausvorlage und ihrer Begründungen war thatsächlich nichts Anderes, als eine legislatorisch-regelrechte Zusammenfassung und Ueberarbeitung alles Dessen, was an ungerechtfertigten Klagen über den „Mißbrauch des Koalitionsrechtes“ durch die Arbeiter und an Vorschlägen zur Verhinderung solcher „Mißbräuche“ die maßgebenden Kreise des Unternehmerthums und sonstige Ordnungs-Politiker-Kliquen Jahre hindurch hatten verlauten lassen.

Ganz dasselbe zeigt sich jetzt wieder bei den von der Regierung begonnenen Vorbereitungen zur „Reform“ des Krankenversicherungsgesetzes, über die wir unsere Leser bereits unterrichtet haben. Als Herr von Stumm im Jahre 1897 erklärte, daß die Aenderung des § 153 der Gewerbeordnung eine „Nothwendigkeit“ sei und „unter die schwebenden Fragen der Gesetzgebung“ falle, durfte man mit Sicherheit einen Angriff auf die Koalitionsfreiheit erwarten — und es kam die Zuchthausvorlage. Dieselbe Richtung erhob großen Lärm, als vor etwa einem Jahre mehrere Ortskrankenkassen in Konflikt mit den Aerzten geriethen. Man entrüstete sich über den angeblichen Mißbrauch, den die Sozialdemokraten in Ortskrankenkassen ausüben und verlangte energisch Abhülfe. Da konnte man nicht im Zweifel darüber sein — und wir haben dieser Ueberzeugung damals auch Ausdruck gegeben — daß die Reform der Krankenversicherung, die bereits angekündigt war, Gelegenheit zu dem Versuch geben werde, den maßgebenden Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen zu brechen. Und jetzt stehen wir vor der ernsthaften Inangriffnahme dieses Versuchs, der die offiziellen und offiziösen Phrasen von einer „großen Reform der Arbeiterversicherung“ in ihrer ganzen Hohlheit erkennbar macht. Diese „Reform“ sieht nunmehr so aus: der so sehr gebotenen Zusammenlegung der drei Zweige der Versicherung, auf dem Unterbau der Krankenkassen, hat man widerstrebt; die Reform der Invalidenversicherung entsprang wesentlich agrar-politischen Motiven, sie war von vornherein auf die Entlastung der Landwirthschaft zu Lasten der Industrie berechnet; die Unfallversicherungs-Reform blieb in vielen wichtigen Punkten unzulänglich — und nun soll das relativ Beste, was wir auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung haben, die Krankenversicherung, einer erheblichen Verschlechterung unterworfen werden.

Die von der Regierung dieserhalb angeordnete Rundfrage ist offenbar darauf berechnet, den Glauben zu erwecken, daß die „maßgebende Stelle“ noch der Information bedürfe, daß sie erst eine gründliche Enquete veranstalten und dann an das Reformwerk gehen wolle, um dasselbe den eingegangenen Urtheilen und Nachweisungen entsprechend auszuführen. Dies wäre ja auch der richtige Weg, vorausgesetzt, daß die Enquete ganz anders beschaffen wäre, als sie ist, daß nämlich nicht nur Diejenigen befragt würden, die den Ortskrankenkassen von vornherein gar nicht oder wenig geneigt sind, sondern vor Allem die Kassen selbst, und zwar in vollster Oeffentlichkeit. Was die Regierung jetzt vornehmen läßt, ist wieder einmal nichts als eine Polizei-Enquete mit der Tendenz, ihre Urtheile und Nachweisungen so zu geben, wie die „maßgebende Stelle“ zwecks „Rechtfertigung“ ihrer Ansichten und Absichten es wünscht. In den gestellten Fragen ist für die Verwaltungsbehörden die Direktive für ihre Antworten gegeben. Was bei derartigen Polizei-Enqueten, besonders wenn sie in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft sich zuspitzen, herauskommt, dafür ist die famose Denkschrift zur Zuchthausvorlage ein abschreckendes Beispiel.

Die Regierung bemüht die Behörden wirklich in ganz überflüssiger Weise. Denn sie hat die Ergebnisse der Enquete ja gar nicht erst abgewartet; ihre Absicht war schon fix und fertig, ehe sie die Enquete anordnete. Das war deutlich zu ersehen aus einem die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes betreffenden, im „Preußischen Verwaltungsblatt“ vor einiger Zeit veröffentlichten Aufsatz des Regierungsraths Dr. Hoffmann. Darin ist alles Das, was durch die Polizei-Enquete „erfragt“ werden soll, bereits empfohlen. Dr. Hoffmann, der im preußischen Handelsministerium speziell die Krankenkassen-Angelegenheiten bearbeitet, war dazu ausersehen, die Oeffentlichkeit mit den „Reform“-Projekten der Regierung bekannt zu machen. Offen heraus sagt er, daß die Arbeiter in der Kassenverwaltung nicht die Oberhand behalten dürfen und daß dem „Mißbrauche der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken oder gar zur Terrorisirung der Versicherten, der Aerzte, Apotheker und sonstigen Lieferanten der Kassen energisch gesteuert werden müsse“. Damit stimmt nahezu wörtlich und der Tendenz nach durchaus überein, was die Regierung in ihrem Rundschreiben verfügt:

In einer Nachweisung sind diejenigen Ortskrankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der sozialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben; es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Parteizwecken in die Erscheinung getreten ist.

„Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern 2c., sowie Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen, anzuführen.“

Nach dem Dr. Hoffmann ist der Terrorismus in der Krankenkasse und das Bedürfniß nach Beseitigung desselben so klar, „daß von einer näheren Begründung abgesehen werden kann“.!!! Aus dieser mindestens sehr kühnen Behauptung ist der Werth zu ermessen, der in Regierungskreisen der Enquete beigelegt wird. Sie ist nichts, als eine Dekoration! Sehr berechtigt ist, was in der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ der Amtsgerichtsrath Hahn-Berlin, Mitglied des Reichsversicherungsamts, in Bezug auf die Aeußerung Hoffmanns schreibt:

„Das ist freilich ein recht einfacher und ganz ungemein wohlfeiler Modus, eingreifende Reformen zu rechtfertigen. Kritische Seelen werden aber doch grade hier den Nachweis irgend welcher greifbaren Erfahrungsthatsachen zur Begründung der erhobenen schweren Beschuldigungen, sowie irgend einen Hinweis auf irgend eine Stelle vermissen, an der man sich von der angeblich allgemeinen Anerkennung des Reformbedürfnisses überzeugen könnte. An was für greifbare Vorkommnisse man bei der den Kassenverwaltungen vorgeworfenen „Terrorisirung der Versicherten, Aerzte u. s. w.“ denken soll, ist ganz unklar, und es ist nicht möglich — aber auch nicht nöthig — eine so ganz in der Phrase stecken gebliebene Anklage zu widerlegen, ohne in den gleichen Fehler zu verfallen.“

Dem „Terrorismus“ soll mit zwei anderen Einrichtungen begegnet werden. Bekanntlich zahlen heute die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zur Krankenversicherung, die Arbeitgeber ein Drittel. Dementsprechend sind auch die Sitze und Stimmen der Arbeiter, ist ihr Einfluß in der Kassenverwaltung bemessen. Die Arbeiter haben also in der Krankenversicherung die überwiegende Macht. Und diese Macht, welche den Arbeitern eine gewisse Selbstständigkeit verbürgt, dünkt gewissen Leuten unerträglich. Deshalb sollen den Arbeitgebern unter Erhöhung ihrer Beiträge gleiche Rechte mit den Arbeitern eingeräumt werden. Und weiter soll der Generalversammlung der Ortskrankenkassen das Recht entzogen werden, den Vorsitzenden zu wählen. Der Vorsitzende soll von der Kommunalverwaltung bestimmt werden, ein Kommunalbeamter sein. Auch das Recht der Anstellung von Kassenbeamten, Kassirer 2c., soll auf die Kommunalverwaltung übergehen.

Gegen diese Absicht nimmt der oben zitirte Amtsgerichtsrath Hahn ebenfalls energisch Stellung, indem er sehr treffend darauf hinweist, was wohl die Berufsgenossenschaften sagen würden, wenn man ihnen solches vorschlüge? Wenn das bei den Krankenkassen geschähe, so könne dies nur als Ausdruck des Mißtrauens aufgefaßt werden. Ein solcher Schritt sei aber nicht gerechtfertigt, da doch die Arbeiter grade auf dem Gebiete der Krankenversicherung, zumal in den sogar von ihnen allein verwalteten Hülfskassen, den vollen Befähigungsnachweis für die Selbstverwaltung erbracht haben. Es sei auch zu erwägen, ob ein solcher Schritt sozialpolitisch klug wäre, da doch, wer Mißtrauen säet, nicht erwarten kann, Vertrauen zu ernten.

Das ist eine recht vernünftige Ansicht, die allerdings auf die Regierung keinen Eindruck machen wird. Die Gelehrigkeit, welche sie seit Jahren auf dem Gebiete reaktionärer Sozialpolitik im Dienste eines Arbeitsherrenthums beweist, schließt die Annahme ganz aus, daß es ihr darum zu thun sei, das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. Der jetzt regierende Kaiser Wilhelm II. hat einmal als eine wichtige sozialpolitische Aufgabe bezeichnet: den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie gleichberechtigt seien. Im Krankenversicherungs-Reform-Projekt der Regierung erfährt dieses Wort eine drastische Illustration dadurch, daß man die Ortskrankenkassen — diese einzigen unter allen öffentlich-rechtlichen Institutionen, in denen die Arbeiter so viel Einfluß haben, daß sie durch ihn und von ihm zu selbstständigen Persönlichkeiten sich heranbilden — dem Büreaukratismus zum Opfer bringen, die Betriebs-, Innungs- und Bau-Krankenkassen jedoch, in denen die Arbeitgeber maßgebend sind, bestehen lassen will.

Sache der Arbeiter ist es nun, gegenüber diesem neuesten Projekt der offiziellen Reaktion mit gebührender Schärfe und Energie Stellung zu nehmen. In diesem Punkt sind zweifellos die Arbeiter aller politischen Richtungen einig. So hat ja auch der Delegirtentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln sich entschieden für die strikte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen mit Zweidrittelmehrheit der Arbeitervertreter in den Vorständen ausgesprochen. Die Zentrumspresse hingegen hat noch mit keinem Wort zu den Plänen der Regierung sich geäußert. Sie dürfte sich in einiger Verlegenheit befinden.

Die Kämpfe in China.

Nachdem die bestimmtesten Nachrichten über die Niedermetzelung der Gesandten in Peking eingetroffen sind, kommen heute plötzlich Depeschen, wonach die Gesandten am 9. Juli noch am Leben gewesen sein sollten und wahrscheinlich heute noch leben. Wie ein Telegramm des französischen Konsuls in Shanghai vom 16. Juli meldet, dementirt Eisenbahndirektor Scheng die Nachricht von der Niedermetzelung der Gesandten in Peking.

Scheng hat sich bisher so eifrig bemüht, die Vorgänge in Peking zu verschleiern, daß man seinem Dementi wenig Werth beimessen wird. Allerdings wird seine Behauptung von anderer Seite bestätigt. Der chinesische Gesandte in Washington erhielt von dem chinesischen Gesandten in London eine vom Eisenbahndirektor Scheng und zwei Vizekönigen beglaubigte Depesche, wonach die fremden Gesandten und Ausländer am 9. Juli noch am Leben gewesen wären und den Schutz der Regierung genossen hätten.

Andere aus Peking eingetroffene ältere Nachrichten lassen indessen erkennen, daß die Fremden schon lange vor dem 9. Juli hart bedrängt waren. Ein geheimer Bote des japanischen Gesandten Barons Nishi aus Peking ist mit einem Schreiben vom 29. Juni in Tientsin am 12. Juli eingetroffen. Danach wurde die Gesandtschaft täglich bombardirt. Da Munitionsmangel eingetreten war, stand die Niedermetzelung bevor. Der Gesandte hoffte auf baldige Hülfe. Der Bote berichtete, daß alle fremden Gesandten in der englischen Gesandtschaft waren. Man befürchtete, nach dem 1. Juli keine Lebensmittel mehr zu erhalten. Wie der Bote erzählte, waren zu dieser Zeit in der englischen Gesandtschaft 4 Todte und 13 Verwundete.

Eine vom 18. Juli datirte Depesche aus Tschifu lautet: Prinz Tuan mobilisirte bis 950 000 (?) Mann, die in mehrere Korps getheilt wurden. Das nördliche Korps erhielt Befehl, die Fremden aus Amur zu vertreiben. Seine Pekinger Armee ist in vier Korps getheilt; das erste hat gegen Mukden zu marschiren, und ein Theil desselben die Straßen zwischen Peking und Shanhaikwan zu besetzen; das zweite Korps wird bei Tientsin, das dritte bei Peking und das vierte bei Nanking konzentirt. Ein Theil des dritten Korps wird in Stärke von 40 000 Mann gegen Waihaiwai und Tsingtau dirigirt. Gegenwärtig stehen in China 23 000 Japaner; die Zahl der Schützen in Tschifu beträgt 3000.

Eine Nachricht aus Nanking besagt, in Folge der Befehle des Prinzen Tuan herrsche eine große militärische Bewegung wegen des Erscheinens der Japaner auf chinesischem Boden. Der Vizekönig von Nanking zeigte den fremden Konsuln an, daß er für die Ereignisse in Schaosin, Ningpo und Tschutschan die Verantwortung nicht übernehmen könne. Die Ausländer eilten nach Shanghai, wo wenig Truppen seien. Die Lage sei beunruhigend. Aus Ningpo, wo die Häuser der Ausländer in Brand gesteckt und die Missionare mißhandelt wurden, seien 16 Ausländer angekommen. Die aufständische Bewegung bemächtige sich auch Süd-Chinas, die Fremden in Tschuautschu und Jutschu würden angegriffen; es herrsche allgemeine Panik.

Eine Meldung aus Shanghai lautet: Die chinesische Flotte ist im chinesischen Meere konzentrirt, wo die Feindseligkeiten erwartet werden.

Aus dem Norden Chinas liegen verschiedene Meldungen, meistens aus russischer Quelle vor. Danach greift die Bewegung um sich.

Vize-Admiral Alexejew berichtete an den Kriegsminister aus Port Arthur, daß am 3. Juli von Taku aus eine halbe Kompagnie des Tschitaregiments eine Rekognoszirung vornahm und auf dem rechten Ufer des Peiho, 25 Werst von Taku entfernt, ein Geplänkel mit den Chinesen hatte, bei dem Offizier Gusiew und zwei Kosaken fielen; ein Kosak wurde verwundet.

General Gribski meldet aus Blagowjeschtschensk: Die Chinesen längs des Amur bei Aiguen und Blagowjetschtschensk in einer Ausdehnung von 20 Werst Schanzen aufgeworfen, Batterien gebaut und diese mit 40 Kanonen besetzt. Bei der Beschießung von Blagowjeschtschensk waren die Chinesen 2000 Mann stark und standen ihnen 8 Geschütze zur Verfügung.

Aus Chaborowsk wird vom 14. d. Mts. gemeldet: Der Dampfer „Großfürst Alexei“ brachte aus Charbin 300 Frauen und Kinder von Bahnbediensteten. 40 Werst von Charbin sammelt sich der chinesische Landsturm. Die Lagerzelte konnte man vom Dampfer sehen. Die Holzdepots sind unversehrt und Schifffahrtssignale und Fahrwasser frei.

Der chinesische Gesandte erklärte der russischen Regierung, die Ereignisse in der Mandschurei hätten nicht im Einverständnisse mit der Pekinger Regierung stattgefunden. Gleichzeitig versprach der Gesandte, seiner Regierung auf dem Wege über Hongkong in Peking ernste Vorstellungen zu machen und auf die ernsten Folgen hinzuweisen, falls die Feindseligkeiten in der Mandschurei nicht aufhören sollten.

Wie der französische Konsul in Tschifu unter dem 7. Juli telegraphirt, sind alle französischen Missionare, drei ausgenommen, in Tschifu eingetroffen.

Ueber die Vorgänge in Tientsin liegen einige neue Meldungen vor. Die russische „Industrie- und Handelszeitung“ berichtet aus Tientsin: Am 11. Juli theilten Patrouillen mit, daß sich die Chinesen im Nordosten konzentrirten. Darauf eröffneten um 10 Uhr früh die russische und japanische Artillerie das Feuer auf die Chinesen. Diese versuchten vergeblich, die Geschütze zu stürmen. Als General Stössel ein Weichen des rechten Flügels bemerkte, verstärkte er ihn durch zwei Schützenbataillone. Zum ersten Male war die japanische Kavallerie am Kampfe betheiligt. Nach scharfem, dreistündigem Kampfe gelang es den Schützen der japanischen Infanterie, verstärkt durch Kosaken-Artillerie die Chinesen zurückzutreiben. Viele Chinesen fielen. Die Japaner verloren 67 Mann. Drei Geschütze und 360 Gewehre wurden erbeutet. Am gleichen Tage brach eine Feuersbrunst in Tientsin aus, die aber bald gelöscht wurde.

„Daily Expreß“ meldet aus Tientsin vom 15. ds.: Die Verluste der ausländischen Truppen am 14. Juli betrugen 460 Todte und Verwundete. Demselben Blatte wird von seinem Korrespondenten in Shanghai vom 17. Juli gemeldet: Ich erfuhr aus chinesischer Quelle, daß in dem Edikt des Prinzen Tuan das Datum für den allgemeinen Aufstand festgesetzt war. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Chinesen in Shanghai offen erklären, sie würden auf die fremden Truppen schießen, wenn sie dort landen sollten.

Ein Telegramm des französischen Konsuls in Hankau vom 11. Juli besagt, am genannten Tage sei in seinem Wohnsitz Alles ruhig gewesen. Der Vizekönig ergriff Maßnahmen, um Unordnungen in seinem Gebiete vorzubeugen. Das europäische Bahnpersonal hält die Bahnlinie Hankau—Peking bis 215. Kilometer besetzt. Die Frauen und Kinder derselben sind jedoch nach Hankau gebracht worden. Der apostolische Vikar telegraphirt, er sei in seinem Sitze Nanyangfou angegriffen worden. Der apostolische Vikar im nördlichen Hupe berichtet, die Missionsanstalten in Sianyang seien zerstört und habe es den Anschein, als ob sich die Aufstandsbewegung von Peking nach dem Süden ausbreite. — Der französische Konsul in Tschungking telegraphirte am 11. d. M.: In der Provinz Sztschwan sei Alles ruhig. Die Konsuln hielten im Hinblick auf etwaige Ruhestörungen einen Dampfer zurück, der gegebenen Falles die Europäer fortbringen könne.

„Daily Mail“ meldet aus Shanghai vom 17. Juli: Es gelangten Nachrichten hierher, daß am 9. Juli in Taynan, der Hauptstadt Schansis, 40 Ausländer und 100 chinesische Christen niedergemetzelt worden seien.

1000 gut bewaffnete Chinesen befinden sich in der Umgegend von Shanghai. Die fremdenfeindliche Bewegung verbreitet sich schnell in Mittel- und Südchina.

„Daily Telegraph“ meldet aus Kanton: Im Laufe einer Unterredung mit den Konsuln drückte Li-Hung-Tschang große Besorgnisse bezüglich der fremden Gesandten in Peking aus. Er erklärte den Konsuln, daß er von dem englischen Ministerpräsidenten und dem französischen Minister des Auswärtigen gleichlautende Mittheilungen erhielt, in denen sie für die Gesandten Schutz verlangten und, falls dieselben getödtet wurden, die verantwortlichen hohen chinesischen Beamten mit Todesstrafe bedroht wurden. Li-Hung-Tschang übermittelte diese Mittheilungen der Kaiserin-Wittwe, und hatte, wie er sagte, keinen Zweifel, daß diese Mittheilungen viel zur Rettung der Gesandten beitragen würden.

Das Verhalten des alten Fuchses Li-Hung-Tschang ist äußerst zweideutig. Er ist nun nach dem Norden abgereist, trotz aller Vorstellungen der Konsuln, die in seiner Anwesenheit in Kanton eine gewisse Bürgschaft für die Sicherheit der Ausländer sahen. Vor seiner Abreise sicherte er den Konsuln Ruhe im südlichen China zu. Er erklärte, er habe nach Peking mitgetheilt, daß England und Frankreich die Häupter der chinesischen Regierung für das Leben ihrer Gesandten und Staatsangehörigen in Peking persönlich haftbar machen. Er habe daher als Einziger, der dies wagen konnte, der Regierung in Peking offen seine Mißbilligung ihres Verhaltens ausgesprochen. Im Falle die Gesandtschaften gerettet würden, sei ihm von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten bereits Entgegenkommen versprochen worden und er rechne hierauf, bei dem guten Willen, den er zeige, auch für die Verhandlungen mit den übrigen Mächten. Die Gouvernöre von elf Provinzen hätten dem Throne eine gemeinsame Denkschrift überreicht, in der sie die Berücksichtigung folgender 5 Punkte empfehlen: 1) Schutz der fremden Kaufleute und Missionen im ganzen Reiche, gleichviel, ob Krieg herrsche oder nicht, um das Ansehen Chinas als Kulturstaat zu wahren. 2) Rettung der noch überlebenden Gesandten, da dann noch Verhandlungen möglich seien, wobei die Regierungen der Geretteten sich für China verwenden könnten. 3) Entschuldigungsschreiben der Regierung an den deutschen Kaiser wegen Ermordung des Frhrn. v. Ketteler, sowie Vorschlag der Vermittlung anderer Mächte und schriftliche Zusicherung der guten Absichten Chinas an Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. 4) Voller Schadenersatz für alle Verluste an fremdem Leben und Eigenthum. 5) Anweisung an die Militärbehörden und Zivilbeamten der Provinz Tschili, die Räuber und marodirenden Truppen zu bestrafen.

In einer von dem chinesischen Gesandten der amerikanischen Regierung zugestellten Botschaft ist ferner an die Mächte das Ersuchen gerichtet, Tientsin nicht zu zerstören, da eine Zerstörung für den europäisch-chinesischen Handel von den schwersten Folgen begleitet sein würde. Die Depesche ist vom 16. Juli datirt und von den Vizekönigen in Nanking und Wutschang und dem Eisenbahndirektor Scheng unterzeichnet.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Staatssekretär Graf Bülow sah sich veranlaßt, der chinesischen Gesandtschaft in Berlin bekannt zu geben, daß ihr bis auf Weiteres nicht mehr gestattet werden könne, chiffrirte oder in verabredeter Sprache abgefaßte Telegramme abzusenden. Offene Telegramme seien vor der Absendung dem Staatssekretär zur Genehmigung der Beförderung vorzulegen.

Von der Weltbühne.

Die Aufgabe der diplomatischen Vertretungen im Auslande soll nach allgemeiner Annahme doch wohl auch sein, die politischen Verhältnisse des betreffenden Landes zu studiren. Für die „Repräsentation“ allein giebt man die ungeheuren Summen, welche Gesandtschaften verschlingen, nicht aus; wenigstens erwartet der Steuerzahler, daß die hochbesoldeten Gesandten sich bemühten, die Verhältnisse ihres Wirkungsgebietes zu studiren und die erworbene Kenntniß zum Nutzen des Heimathlandes zu verwerthen. Die deutsche Gesandtschaft in China aber scheint thatsächlich von dem, was um sie her vorging, keine Ahnung gehabt zu haben.

Die „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht einen am 31. Mai aus Peking abgegangenen Brief des Herrn Haus von Broen, Professors an der Universität Peking. In Folge der Boxergefahr habe schon in der vorletzten Maiwoche der französische Gesandte im Ministerrath schleunigste Berufung europäischer Detachements vorgeschlagen, habe jedoch auf deutscher, russischer und englischer Seite keine Gegenliebe gefunden. „Am Sonnabend (26. Mai) erklärten mir meine Diener, daß alle Europäer und Christen, welche innerhalb der nächsten zwei Tage die Stadt nicht verlassen hätten, getödtet werden würden. Am Haupteingangsthore Pekings (Chuen men) prangte ein rothes Plakat, welches dieses allgemeine Blutbad bereits für die nächste Nacht (Sonnabend zum Sonnabend, 26. bis 27. Mai) ankündigte. Nun begab ich mich zur deutschen Gesandtschaft, fand aber dort keinerlei Verständniß für meine Bedenken. Auf mich allein angewiesen, durch Ueberanstrengung und Fieber u. s. w. gänzlich erschöpft, beschloß ich, soweit möglich, mir selbst zu helfen. Noch einmalritt ich an den wüthschnaubenden Boxern und Soldaten langsam vorüber; packte dann die allernöthigsten Sachen in drei Kisten und begab mich in das einzige hier befindliche, mitten zwischen den Gesandtschaften liegende Hotel eines Franzosen . . . Kaum im Hotel abgestiegen, informirte mich der Besitzer, daß im Falle eines Angriffs die Chinesen die Eingänge so lange vertheidigt werden sollten, bis sich die Damen und Kinder durch eine in die Mauer geschlagene Oeffnung in die anstoßende französische Gesandtschaft gerettet hätten. Ich fragte bei der deutschen Gesandtschaft an, ob dieser Plan bekannt und genehm sei. Man antwortete mir: „Mir ist von einem solchen Plan nichts bekannt. Ich persönlich glaube auch jetzt noch nicht an irgend welche Gefahr.“

Unter diesen Umständen wird es erklärlich, daß an tausend Fremde der Metzelei in Peking zum Opfer fielen. Aber die Frage drängt sich auf: Wozu unterhalten wir Gesandtschaften, wenn diese gar nicht sehen, was um sie vorgeht?

Eine Konferenz der Großmächte? In verschiedenen Blättern wird der Zusammentritt einer Konferenz der Großmächte angeregt, deren Aufgabe es sein würde, eine Verständigung der einzelnen Staaten über die Maßnahmen zur Unterdrückung der Boxerbewegung, über die Einsetzung eines Oberkommandos und über das Endziel des Vorgehens gegen China herbeizuführen.

Offiziös wird dazu aus Berlin geschrieben: „Hier ist an unterrichteter Stelle nichts davon bekannt, daß die eine oder andere Macht bereits einen Vorschlag wegen Zusammentritts einer Konferenz gemacht habe; auch verhehlt man nicht, daß eine Verständigung über die oben angeführten Punkte leichter und schneller durch Verhandlungen von Kabinet zu Kabinet, als durch langwierige Konferenzsitzungen erzielt werden dürfte.“

Die Frage der baldigen Einberufung des Reichstages gewinnt durch die letzten Nachrichten aus China erheblich an Bedeutung und Dringlichkeit. Denn diese Nachrichten lassen keinen Zweifel mehr an der Tragweite der Aktion, die den Mächten dort bevorsteht, und an den Schwierigkeiten innerer und äußerer Natur, die dabei zu überwinden sein werden. Die „Frankf. Ztg.“ meint, diese neueste Perspektive lenke neuerdings die Aufmerksamkeit darauf, ob bei uns die Verantwortlichkeit innerhalb der verfassungsmäßigen Gewalten zutreffend vertheilt ist oder ob sich nicht die baldige Einberufung des Reichstages trotz alledem empfehle. Es wird dann ausgeführt:

„In Frankreich hat die Regierung einen Kredit für China bereits bewilligt erhalten, in England sind Forderungen in bedeutendem Umfang angekündigt, und in den Vereinigten Staaten soll der Kongreß zu einer Extrasession zusammentreten. In Deutschland ist bisher lediglich der Bundesrathsausschuß für auswärtige Angelegenheiten berufen worden, und die leitenden Männer haben dadurch wenigstens das Streben nach Entlastung ihrer Verantwortlichkeit bekundet, von einer Befragung des Reichstages glaubt man jedoch für die nächste Zeit Abstand nehmen zu sollen. Die Gründe, die hierfür geltend gemacht werden, erscheinen uns nicht stichhaltig. Es wird zunächst betont, es sei ganz unmöglich, eine genaue Rechnung über die voraussichtlichen Kosten der Expedition aufzumachen. Die Kosten könnten sich ebenso gut auf 50 wie 100 Millionen oder auch erheblich darüber belaufen. Es wird gewiß zutreffen, daß heute jeder Ueberblick über die finanziellen und sonstigen Folgen der chinesischen Aktion fehlt, indessen unterschätzt man doch das Verwaltungstalent unserer militärischen Aemter, wenn man bezweifelt, ob diese auch nur die nächsten Kosten berechnen können. Man weiß genau, wie viele Schiffe und Mannschaften jetzt in Dienst zu stellen sind, und danach kann man schon für die nächsten Monate einen Voranschlag aufmachen, von dem ja doch Niemand absolute Zuverlässigkeit verlangen wird. Läßt sich die Regierung einen solchen Kredit vom Reichstag genehmigen, so entspricht sie dem Geist der Verfassung und sie giebt dem Parlament die ihm gebührende Gelegenheit, seinerseits Fragen zu stellen, Bedenken und Wünsche zu äußern und auch das Aktionsprogramm der Regierung durch Zustimmung zu unterstützen oder durch Einwendungen zu modifiziren. Auch die Opposition besitzt das verfassungsmäßige Recht, gehört zu werden und ihr Eingreifen wird unter Umständen keineswegs bedeutungslos bleiben. Eine so weittragende Aktion will nicht von einem Standpunkt aus beurtheilt werden, ihre Einflüsse auf unsere inneren Zustände und unsere auswärtigen Beziehungen sind gar mannigfach. Nun wendet man freilich ein, die Regierung werde im Herbst unschwer Indemnität erhalten und schon deshalb erscheine eine Berufung des Parlaments für jetzt zum Mindesten überflüssig. Man darf dieses Argument nur verallgemeinern und man sieht sofort, wie trügerisch und verfassungswidrig es ist. Die Regierung würde für manche Aufwendungen Indemnität erhalten, sie bemüht sich aber mit Recht, sich vorher der parlamentarischen Zustimmung zu versichern. Wenn dies jetzt nicht geschieht, wo es sich um Dinge von so ungeheurer Tragweite handelt, bei denen die Nation mit Gut und Blut, mit ihrer Ehre und nach Umständen mit ihrer Existenz betheiligt ist, so scheint allerdings die Schuld weniger bei der Regierung, als bei den führenden Parteien zu liegen. Die Leiter der auswärtigen Politik würden dem Reichstag das Recht, mitzurathen, kaum absprechen, wenn dieses Recht von den verschiedenen Faktoren der öffentlichen Meinung energisch reklamirt werden würde. Das ist, wie wir offen zugeben, bisher nicht der Fall; es haben sich nur vereinzelte Stimmen für die Einberufung des Reichstages erklärt und grade die einflußreichen Parteien schweigen sich über dieses Thema aus, als wäre es ihnen unbequem, in dieser Sommerhitze zu einer Zwischensession nach Berlin berufen zu werden. Das ist ja menschlich begreiflich — aber sollen hier Rücksichten der Bequemlichkeit oder Unbequemlichkeit den Ausschlag geben? Das scheint uns mit deutschem Wesen schwer vereinbar zu sein! Wir können diese Gleichgültigkeit, wo es sich um so große Dinge handelt, heute nur konstatiren; es ist das ein Zustand, der ein sehr trübes Licht auf unser Verfassungsleben wirft und der die Sorgen für die Zukunft gewiß nicht verringert.“

Wir können unter Anerkennung all dieser Argumente nur wiederholen, was wir kürzlich bereits äußerten: die Regierung steigert ihre Verantwortlichkeit, die sie für die Vorgänge in China so wie so schon hat, in's Ungemessene, wenn sie den Reichstag nicht beruft.

Der Zentrumsführer Dr. Lieber ist, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, der Ehre eines Besuches des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe gewürdigt worden. Es wird zu dieser Mittheilung bemerkt: „Man darf wohl annehmen, daß in der Unterhaltung der beiden Politiker auch die Ereignisse in China und die Einberufung des Reichstages eine Rolle gespielt haben.“

Sehr wohl möglich, daß Fürst Hohenlohe in der gegenwärtigen kritischen Situation, politischen Erwägungen folgend, gedacht hat: „Mit Euch, Herr Doktor, zu spazieren, ist ehrenvoll und bringt Gewinn!“ Da dürfte es denn nicht ausgeschlossen sein, daß der Gewinn in der Bewilligung noch etlicher Kriegsschiffe, neuer Steuern 2c. bestehen soll.

Wie sich die Zeiten ändern! Längst ist das einst als „reichsfeindliche Umsturzpartei“ in Acht und Bann erklärt gewesene Zentrum die „regierende Partei“ bezw. die „sicherste Stütze der Regierung“ geworden. An demselben Tage, wo wir melden können, daß der Reichskanzler dem Zentrumsführer Dr. Lieber einen Besuch abstattete, theilt der „Reichsanzeiger“ mit, daß dem Major a. D., Majoratsherrn Grafen von Ballestrem auf Plawniowitz, der Karakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat „Exzellenz“ verliehen worden sei.

Auch Graf v. Ballestrem ist Zentrumsführer und Präsident des Reichstages.

Ja, ja, wie sich die Zeiten ändern! Das hat Fürst Bismarck wohl nicht vorausgesehen. Die „Voss. Ztg.“ erinnert daran, daß dieser selbe Graf Ballestrem es war, der in der Zeit des Kulturkampfes dem ersten Reichskanzler sein „Pfui!“ zurief; er hat auf den Katholikentagen noch vor wenig Jahren einen besonders scharfen Ton angeschlagen und die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangt. Als am 23. März 1895 die Mehrheit des Reichstages unter der Führung des Zentrums dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch zum 80. Geburtstag verweigerte, erging an den Schloßherrn vom Sachsenwalde folgende Kundgebung: „Euer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstages aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker. Wilhelm,